Der oberschlesische Wanderer.

Oberschlesische Zeitung.

Diese Zeitung erscheint werktäglich Nachmittags. Der im Voraus zu entrichtende Bezugspreis beträgt in Gleiwitz frei ins Haus oder bei Abholung in den Ausgabestellen mit Sonntagsblatt monatlich 60 Pfg., vierteljährlich 1,80 Mk., ohne Sonntagsblatt abgeholt wöchentlich 15 Pfg., bei allen Postanstalten vierteljährlich 1,80 Mk.

Anzeigen in diese Zeitung werden die 6spaltige Grundzeile oder deren Raum mit 15 Pfg., die Empfehlungszeile mit 50 Pfg., die Auskunftsertheilung durch die Geschäftsstelle mit 40 Pfg. berechnet. Belegs- oder einzelne Nummern des Blattes werden für 10 Pfg. abgegeben.

Alleiniges amtliches Blatt für Bekanntmachungen der städtischen Behörden von Gleiwitz.

Die Vierteljahrs-Abnehmer dieser Zeitung erhalten allsonntäglich das „Illustrirte Sonntagsblatt" als Beilage.

Nr. 34. | Fernsprechruf Gleiwitz, Wanderer. | Gleiwitz, Freitag, den 11. Februar 1898. | Fernsprechanschluß Nr. 16 des oberschl. Industriebezirks. | 71. Jahrgang.

Tages- und Geschichtskalender.

S.-A.	S.-U.	11. Februar.	M.-A.	M.-U.
7. 5 U.	4.55 U.		8.16 U.	11.5 U.

1814 Napoleon siegt über die Russen unter General Sacken bei Montmirail. — 1873 König Amadeus von Spanien dankt ab. — 1880 Karl von Holtei, Dichter, gest.

Bestellen Sie sich

den Oberschlesischen Wanderer mit achtseitigem illustrirten Sonntagsblatte durch Austräger frei ins Haus für monatlich 60 Pfg.

Kiaotschau.

Seit dem Rücktritt des Fürsten Bismarck hat die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten Deutschlands vor dem deutschen Reichstage keinen solchen Erfolg zu verzeichnen gehabt, wie ihn am Dienstag der neue Staatssekretär des Auswärtigen Amts errang. Herr von Bülow, der schon bei seinem ersten Auftreten im Parlamente bei der Berathung der Flottenvorlage durch die Sicherheit seines Auftretens und ungewöhnliche Eleganz der Ausdrucksweise aufgefallen war, eroberte sich durch zwei bedeutsame, außerordentlich wirkungsvolle Reden über Deutschlands auswärtige Politik die Herzen der Volksvertreter, eine Eroberung, an der allerdings die vorangegangene, ungleich werthvollere Eroberung von Kiaotschau einen nicht unwesentlichen Antheil hatte.

Herr von Bülow sagte ungefähr Folgendes:

Er freue sich, daß er sich schon jetzt über Kiaotschau aussprechen könne. Die Regierung habe nicht die Absicht, über unsere auswärtige Politik einen Schleier zu bereiten, auch nicht über die ostasiatische Action. Er sage hier: distingo, ich unterscheide. Ueber alle Phasen einer auswärtigen Action könne nicht Auskunft gegeben werden, weil dies den internationalen Gewohnheiten widerspreche. Wir dampften in Ostasien nicht in Abenteuer hinein. Die Acquisition von Kiaotschau war lange vorher geplant, weil wir in Ostasien einen festen Punkt für unsere Handelsbeziehungen brauchen. Wir mußten für uns in China dieselben Chancen schaffen, wie sie die andern Mächte dort besitzen. Deutsche Staatsangehörige haben jetzt analoge Concessionen erhalten wie andere Staatsangehörige. Sie wären aber werthlos ohne eine feste Kohlen- und Marinestation, die unserem ostasiatischen Geschwader ein dauernder Stützpunkt sei. England sitze in Hongkong, Frankreich in Tonking, Rußland am Amur. Wir durften nicht zurückbleiben. Hierzu komme noch der Schutz der deutschen Missionare in China, wofür die Festsetzung in Kiaotschau eine Lebensfrage war. Wir mußten für unsere Festsetzung den richtigen Augenblick wählen, um auch nicht in Conflict zu kommen mit anderen Mächten, auch nicht mit China und Japan. Ich kann nun nur Folgendes sagen: „Unsere Beziehungen zu den andern Staaten sind durch unser Vorgehen in Kiaotschau nicht getrübt worden. Das war auch nicht anders möglich bei unserem vollkommen loyalen, friedfertigen Vorgehen und bei der Selbstbeschränkung, die wir geübt haben. Wir befinden uns im Einklang mit Rußland, dessen Interessen in Europa nirgends die unsrigen durchkreuzen (Beifall) und in Asien mit den unsrigen parallel laufen (Beifall) und dessen Machtentwicklung wir als aufrichtige Freunde neidlos verfolgen. (Beifall.) Wir finden es natürlich und begreiflich, wenn Frankreich von Tonkin aus neue Verkehrswege sucht, und endlich sind wir weit davon entfernt, irgendwie oder irgendwo berechtigten englischen Interessen entgegentreten zu wollen. Die entgegengesetzten englischen Zeitungsstimmen widersprechen den thatsächlichen Verhältnissen. Im Interesse des Culturfortschrittes der Menschheit halten wir auch ein Zusammengehen mit England für höchst werthvoll. China gegenüber seien unsere Forderungen sehr moderat, die gewechselten Noten könne er noch nicht mittheilen, wohl aber das Abkommen mit China. (Der Herr Staatssekretär theilt den Wortlaut dieses Abkommens über Kiaotschau mit.) Das Pachtgebiet werde einen Flächeninhalt von 30—40 Quadratkilometern haben, der Pachtzins werde mäßig sein, und solle nur das ideelle Eigenthumsrecht des Kaisers von China an dem Gebiet bekunden. Eine Privatgesellschaft habe die Concession erhalten zum Bau einer Eisenbahn von Kiaotschau in die nördlichen Gebiete. Deutschland habe freundschaftliche Gefühle für China und wünsche nicht dessen Untergang. Wahrscheinlich werde dieses alte Reich noch recht lange bestehen. Für die Wahl von Kiaotschau war maßgebend die gleichmäßige Entfernung von der englischen und deutschen Interessensphäre, sodann die verhältnißmäßig sehr günstige Lage des Platzes und der vorzügliche Hafen. Es können Eisenbahnen nach Schantung und Hoangho gebaut werden, man rechne auf die Mithilfe des deutschen Privatkapitals. Man werde vorgehen ohne Ueberhastung, aber auch ohne Engherzigkeit. Die Erwerbung Kiaotschaus werde auch der Ausbreitung des Christenthums förderlich sein. (Lebhafter Beifall.)

Aus diesen Ausführungen geht hervor, daß wir wieder einen festen Curs haben. Ebenso wie das deutsche Volk wieder volles Vertrauen zu seiner Regierung haben kann, so wird auch das Ausland volles Vertrauen die Politik Deutschlands verfolgen, weil sie ehrlich und fest ist. In diesem Sinne rufen wir: Voll Dampf voraus!

Deutsches Reich.

Berlin, 9. Februar 1898.

— Zum Besuch beim Fürsten Bismarck in Friedrichsruh sind Graf und Gräfin Herbert sowie General-Superintendent Dryander eingetroffen. Der Fürst erholt sich immer mehr von seiner letzten Krankheit und kann sich bereits zur Familientafel begeben, ohne sich hierzu des Rollstuhls bedienen zu müssen.

— Mittwoch Abend ist der Großfürst Constantin von Rußland mit Gemahlin zum Besuche beim kaiserlichen Hofe eingetroffen. Der Kaiser hat seine Gäste persönlich am Bahnhofe empfangen und zum Schlosse begleitet, wo sie Wohnung nahmen.

— Ein eigenartiger Hofgebrauch. Die gesellschaftliche Saison ist auf ihrem Höhepunkte angekommen, auch am Hofe folgen sich die Festlichkeiten rasch, und die Hofmarschallämter haben von früh bis spät zu sorgen, daß Alles nach den Regeln der Kunst vor sich gehe. Auffällig muß es erscheinen, daß noch immer daran festgehalten wird, die nichtpreußischen Herren und Damen aus den deutschen Einzelstaaten, welche am Hofe hier vorgestellt werden, als „ausländische" zu bezeichnen. Wahrscheinlich herrscht dieser Brauch auch an anderen Höfen, und es mag schwierig sein, hierin eine Aenderung herbeizuführen, doch wird dieses sich mit der Zeit als nothwendig herausstellen, wenn man nicht die Kritik des Auslandes herausfordern und namentlich unseren Landsleuten, die außerhalb des Vaterlandes weilen, neuen Anlaß zu der Fragestellung bieten will, ob die deutschen Grenzen auf den Landkarten, die in den Hofmarschallämtern in Gebrauch sind, anders laufen als auf den Karten, nach denen sich die anderen Sterblichen richten. „Ausländer" sollte der Bayer und der Württemberger in Preußen ebenso wenig sein, wie die Preußen in Bayern oder Würtemberg. Nachdem man allen Contingenten der deutschen Wehrmacht die deutsche neben der Landescocarde gegeben hat, dürfte es sich wohl empfehlen, auch bei Hofe die Reichsgemeinschaft nach außen hin deutlicher zu markiren.

— Unter dem Titel L'Invasion allemande (der deutsche Einbruch) veröffentlich Jules Roche im „Figaro" einen Artikel, in welchem er tief beklagt, daß alle europäischen Länder, namentlich aber Deutschland, in den letzten 25 Jahren Frankreich im Handel so außerordentlich überflügelt haben. Freilich beträgt nach der soeben veröffentlichten Zusammenstellung der Zollverwaltung über die Bewegung des französischen auswärtigen Handels für das Jahr 1897 die Einfuhr 4 Milliarden, die Ausfuhr 3676 Millionen und ist demnach die Einfuhr gegen das Vorjahr um 201 Millionen und die Ausfuhr um 275 Millionen, die Gesammtziffer der Handels-Bewegung also um 476 Millionen gestiegen. Aber diese Zahlen haben doch nur einen relativen Werth und gewinnen eine ganze andere Bedeutung, wenn man sie mit der Zahl der Handels-Bewegung der andern europäischen Ländern, namentlich mit der Deutschlands, vergleicht und den Aufschwung des deutschen auswärtigen Handels in den letzten Jahren gegenüber dem französischen in Betracht zieht. Da geht denn aus den offiziellen Berichten hervor, daß im Jahre 1872 die Ausfuhr Frankreichs 3762 Mill. Franks, die Ausfuhr Deutschlands 2900 Millionen Franks betrug, und daß im Jahre 1896 die Ausfuhr Frankreichs auf 3401 Millionen Franks gesunken, dagegen die Deutschland auf 4892 Millionen Franks gestiegen ist! Während die Ausfuhr Deutschlands um mehr als 68 pCt. zunahm, hat die Frankreichs in derselben Zeit um nahezu 10 pCt. abgenommen.

— Der Reichstag setzte die Etatsberathung fort. Abg. Graf Kanitz führt aus, Bebel habe unter dem Schutze der Immunität die Autorität der Krone angegriffen, was im Volke Unwillen hervorgerufen habe. Die Sozialdemokratie werde sich am Felsen der Monarchie die Köpfe einrennen. Der Landwirthschaftsrath denke nicht daran, Deutschland mit einer chinesischen Mauer zu umgeben. Man solle bei dem Abschluß neuer Handelsverträge die Machtmittel Deutschlands nicht unterschätzen. Abg. Dr. Förster bestreitet, sich in der ersten Etatsberathung bezüglich der Lemberger Rede des Abg. Koscielski einer Verleumdung schuldig gemacht zu haben. Abg. Richter wendet sich gegen Graf Kanitz und die Thätigkeit des Landwirthschaftsrathes.

— Das Abgeordnetenhaus berieth die Nothstandsvorlage und den Antrag Bänsch-Schmidtlein auf Zurückziehung der Liquidationen für militärische Hilfe in den Ueberschwemmungsgebieten. Minister v. d. Recke bittet um schnelle Verabschiedung des Gesetzes und gedenkt Aller, die bei der Hilfeleistung thätig waren. Abg. Bänsch-Schmidtlein hält mindestens 10 Millionen für nothwendig. Abg. v. Kölichen verlangt Regelung des Bober. Die conservative Partei sei bereit, mehr zu bewilligen. Geh. Rath v. Sehert-Thoß legt dar, daß, nachdem die Staatskasse 1½ Millionen hergegeben, weitere Anträge an die Centralstelle nicht gelangt seien. Minister v. d. Recke weist auf die Erfahrungen bei dem früheren Nothstandsgesetz hin. Man habe nicht eher vorgehen können, als bis das nöthige Material vorlag. Die Liquidationen für militärische Hilfe seien auf Grund bestehender Bestimmungen erfolgt. Die Regierung werde aber mit möglichster Schonung vorgehen. Abg. Neumann beklagt die Schädigung des Oderbruches durch mangelhafte Flußregulirung, die nur mit Rücksicht auf die Schifffahrt und nicht auf die Landwirthschaft erfolgt sei. Vom Ministertisch wird bestritten, daß die Arbeiten unpraktisch seien. Es wird ein neues Project in Aussicht gestellt, das voraussichtlich die Uebelstände beseitigen würde.

Ausland.

Frankreich. Paris, 9. Februar. Prozeß Zola. Der Saal ist überfüllt. Unter den als Zeugen geladenen Offizieren werden besonders bemerkt de Boisdeffre, du Paty de Clam, Mercier und Esterhazy. Auf die Frage des Präsidenten erklärt der Vertheidiger Labori, er beabsichtige Frau Dreyfus über den guten Glauben Zola's in der Zola-Angelegenheit zu befragen. Der Präsident erwidert, es gebe keine Zola-Angelegenheit. (Heftiger Widerspruch.) Nach heftigem Meinungsaustausch zwischen dem Präsidenten und dem Vertheidiger erhebt ersterer Einspruch dagegen, daß eine Frage gestellt werde, die auf den Prozeß Dreyfus hinzielt. Unter Zeichen großer Spannung wird General Boisdeffre als Zeuge aufgerufen. Labori fragt den Zeugen: Kann der Zeuge sagen, welcher Art das Schriftstück ist, das Esterhazy einige Zeit vor seinem Erscheinen vor dem Kriegsgerichte dem Kriegsminister hat übergeben lassen? — General Boisdeffre antwortet: Das fragliche Schriftstück bezieht sich auf die Angelegenheit Dreyfus; ich glaube daher, ohne Mißachtung des Gerichtsbeschlusses und des Amtsgeheimnisses von diesem Schriftstücke nicht sprechen zu dürfen. — Labori erwidert: Ich bestehe auf der Frage, welcher Art dieses Schriftstück ist. — Boisdeffre antwortet: Das Amtsgeheimniß verbietet mir zu antworten. — Labori fährt fort: General Boisdeffre ist verantwortlicher Beamter und steht hier vor Gericht; er kann sich nicht auf das Amtsgeheimniß berufen. — Boisdeffre erwidert: Das Amtsgeheimniß fällt zusammen mit dem Staatsgeheimniß. — Labori: Weiß der Zeuge etwas über die Persönlichkeit der verschleierten Dame? — Boisdeffre: Ich weiß nichts. — Labori: Was hat Oberst Piquart in der Esterhazy-Angelegenheit gethan? — Boisdeffre: Wir hatten ihm aufgetragen, alles zu thun, um seinen Zweifel inbetreff der Ehrenhaftigkeit Esterhazy's zu präzisiren. In Anbetracht der erlangten negativen Resultate aber haben wir ihn angewiesen, von weiteren Schritten abzustehen. Für mich steht die Schuld Dreyfus' fest, und meine Ueberzeugung in dieser Hinsicht ist absolut. (Anhaltende Bewegung). — Labori: Wollen Sie uns sagen, worauf ihre Ueberzeugung sich gründet? — Boisdeffre: Auf die im Prozesse Dreyfus vorgeführten Thatsachen und auf das Urtheil, vor dem ich mich mit Achtung beuge. Auch andere theils vor, theils nach dem Prozesse liegende Thatsachen haben meine Ueberzeugung zu einer unumstößlichen gemacht. (Lebhafte Erregung). Darauf wird General Gonse als Zeuge aufgerufen. Labori fragt ihn: Was für ein Schriftstück hat Esterhazy vor seinem Erscheinen vor dem Kriegsgerichte dem Kriegsminister übergeben? — General Gonse: Darauf habe ich nichts zu erwidern. — Kennen Sie die verschleierte Dame? — Gonse: Nein. Das sind Fallen, die Sie mir da stellen. (Anhaltender Lärm, lebhafte Erregung, der ganze Saal steht auf). — Labori: Nach dem was gesagt worden ist, habe ich keine Fragen an den Zeugen mehr zu richten, General Gonse hat vergessen, daß er ebenso wenig das Recht hat, das Wort direkt an mich zu richten, als ich dies ihm gegenüber gethan. Daher wende ich mich an den Generalanwalt, der sich ohne Zweifel erheben wird, um dem Amtskleide, daß ich trage, Achtung zu verschaffen. (Allgemeine Erregung.) — Der Generalanwalt von Cassel rührt sich nicht. (Furchtbarer Tumult.) Der Präsident läßt den Saal räumen. Man bereitet Labori eine Ovation. Schließlich sind, nachdem in die Verhandlung wieder eingetreten wird, im Saale nur die Zeugen, einige Damen, die Berichterstatter und die Munizipalgardisten anwesend. Nach Wiederaufnahme der Verhandlung erklärt General Gonse auf Befragen des Vorstehers der Anwaltskammer und des Generalanwalts, seine Worte zu Labori seien über das, was er habe sagen wollen, hinausgegangen. Darauf wurde die Sitzung auf Morgen vertagt.

Griechenland. Unverdientes Glück hat das besiegte Griechenland gerade jetzt, wo es bald ein Jahr her ist, daß der kecke Friedensbruch auf Kreta die Ruhe Europas so ernstlich störte. Nicht nur wird die Einsetzung des Prinzen Georg als Gouverneur von Kreta von einem Theil der Großmächte immer noch eifrig betrieben, dieselben Mächte sind auch lebhaft bemüht, Griechenland aus seinen Finanzschwierigkeiten zu helfen, damit es die Kriegsentschädigung bezahlen und dadurch die Räumung Thessaliens von den türkischen Truppen herbeiführen kann. Wie nämlich der „Standard" meldet, würde England, Frankreich und Rußland die griechische Kriegsanleihe garantiren, da sie die Unmöglichkeit einer Regelung der Kretafrage eingesehen hätten, ehe Thessalien geräumt sei.

Kreta. Ueber die Zustände auf Kreta wird aus Kandia gemeldet. Auf die unerträglich werdende Noth hat das hiesige Consularcorps die vorgesetzten Behörden in Kanea aufmerksam gemacht. Das Elend in den Provinzen Pediada, Temenos und Malevisi hat den höchsten Grad erreicht. 500 Personen sind infolge von Hungersnoth dieser Tage ausgewandert. 259 Männer, Frauen und Kinder befinden sich in Palaokastro bei Rhodis, um eine Einschiffungsgelegenheit nach Griechenland zu erwarten; andere sind im Begriff zu folgen. Da die theilweis gesandte Hilfe ganz ungenügend ist, sieht die Zukunft in den Provinzen wie in der Stadt sehr drohend aus.

Locales.

[Wahrheitsgetreue Mittheilungen aus dem Leserkreise über erwähnenswerthe Begebenheiten aus Stadt und Land sind der Redaktion stets willkommen und werden auf Wunsch honorirt. Anonyme Zusendungen finden keine Aufnahme.]

Gleiwitz, den 10. Februar 1898.

*** **Militärisches.** Nach Mittheilung des Auswärtigen Amts wird voraussichtlich Lieutenant Bischoff vom Infanterie-Regiment „Keith" mit dem 8. März cr. zur Deutsch-Ost-Afrikanischen Schutztruppe übertreten. — Die Besichtigung der Rekruten und der Stammmannschaften des hiesigen Infanterie-Regiments findet vom 14. bis einschließlich 19. d. Mts. durch Herrn Oberst Otto statt.

*** **Eine Bittschrift** von Diätaren des Eisenbahn-Stations- und Abfertigungsdienstes betr. Regelung ihrer Dienst- und Anstellungsverhältnisse, welche demnächst dem Hause der Abgeordneten vorgelegt werden soll, entwirft ein grelles Bild von der Kehrseite der Millionenüberschüsse. Man ersieht daraus zunächst, daß die in verantwortungsreicher Stellung befindlichen Stationsdiätare trotz der allgemeinen Gehaltserhöhung und trotz aller Vertheuerung der Lebensunterhaltung eine Herabsetzung ihres in den dreißiger Jahren erreichbaren Höchstgehaltes von 1800 Mark auf 1500 Mark erfahren haben, so daß sie theilweise weniger Gehalt beziehen als ihre Unterbeamten, die außerdem noch im Genuß der Wohnungsgeldzuschüsse, Stellenzulagen ꝛc. stehen. Dazu kommt als zweiter großer Uebelstand die völlige Ungewißheit über den Zeitpunkt ihrer etatsmäßigen Anstellung und ihr zu später Eintritt, der sie gegen früher und gegen die Beamten der gleichen Klasse im Reichspostdienste ca. 10 Jahre zurücksetzt. Das häufige Wohnen an kleinen Orten, die Uniformfrage ꝛc. bedingen eine Reihe weiterer Mißstände gegenüber anderen Beamtenklassen dieses Verwaltungszweiges. Die Petition schließt:

„Das Hohe Haus der Abgeordneten wolle hochgeneigtest beschließen.

1. Nach Erreichung des Höchstgehaltes der Diätare (1500 Mark) rücken dieselben wie ihre etatsmäßigen Kollegen in die höheren Gehaltsstufen auf. Die Ortszulage, welche bisher nur neben den beiden untersten Gehaltsstufen gewährt wurde, wird bis zur etatsmäßigen Anstellung weiter bewilligt.

2. Die Anstellung zu etatsmäßigen Stationsassistenten erfolgt entsprechend den Anstellungsverhältnissen der gleichstehenden Beamten im Reichspostdienste nach einem bestimmten Zeitpunkte und zwar der Militäranwärter nach der bestandenen Prüfung und der Civilanwärter spätestens nach einer drei- bis vierjährigen Beschäftigung und Erlangung der Anwartschaft zum Stations-Assistenten."

*** **Vergleichende Sterblichkeitstabelle.** Im Monat Dezember 1897 betrug die Sterblichkeit auf 1000 Einwohner und aufs Jahr berechnet in Berlin 17,5, Breslau 22,8, Oppeln 16,6, Beuthen 18,1, Gleiwitz 24,5, Kattowitz 21,3, Königshütte 25,9, Neisse 18,5,